

## Aufbau einer neuen Linken in den USA

von Gerd Elvers



scharf-links 21. Februar 2017

### Vier Jahre der hellen Aufregung stehen bevor

Die Erwartung vieler, der alte Trump des Wahlkampfes würde sich als Präsident zivilisieren, hat getrogen. Nach den ersten Wochen seiner Präsidentschaft lässt sich sagen, dass er der gleiche wütende, ruppige, beleidigende, kompromisslos auftrumpfende Trump geblieben ist. Dies ist auch nicht erstaunlich. Denn er muss nicht nur sein Ego sondern auch die Erwartungen seiner Wähler bedienen, dass er seine Wahlversprechen einlöst. Dazu braucht er einen Chef-Einflüsterer namens Stephen Bannon, eine wandelnde Abrissbirne, in der ein kluger Kopf steckt, wie noch darzustellen ist. Und da er sich

ehrlich bleiben will – denn ehrlich ist er auf seine Art im Gegensatz zu vielen Schleimern auf der politischen Ebene – stehen vier Jahre Aufregung bevor, wenn er sein Programm durchdrücken will, ein neues, schönes, großes Amerika zu schaffen.

Seinen heutigen Gegnern werden vier Jahre der hellen Aufregung bevor stehen. Wenn sie vermeiden wollen, wegen zu hohem Blutdruck vorher wegzuscheiden, brauchen sie Gegenstrategien, die ihren Puls in ruhige Bahnen lenkt. Blutdrucksenkende Pillen wie Candesartan Heumann, 16 mg wären die falschen Mittel, denn hier geht es nicht um medizinische sondern um politische Antworten. Die einfachste wäre, sich zu arrangieren, seinen anfänglichen Zorn zu unterdrücken, sich auf die Zustände einzustellen und gute Manie zum bösen Spiel zu machen. Auf einem suchenden Weg ist hier – wen kann es verwundern – die Unternehmerseite. Artig traten die Bosse von Twitter, Uber Facebook, Microsoft, Google und Apple aus Silicon-Valley vor ihm in seinem Tower auf, um Abbitte zu leisten auf die Falsche, diese blasse, routinierte Frau Clinton, gesetzt zu haben. So was soll sich nicht wiederholen.

### Publius Decius Mus, Amicus Curiae, Novum Imperium Romanum

Wer glaubt, es es bei den Neokonservativen nur mit den Tumben, Ungebildeten, Analphabeten zu tun zu haben, die es gerademal auf 140 Anschläge beim Twittern schaffen, täuscht sich. Da trat während des Wahlkampfes ein anonymer Publius Decius Mus, alles drei altrömische Senatoren, als intellektueller Trumpist auf, der jetzt sich als Michael Anton geoutet hat und Mitarbeiter des nationalen Sicherheitsrates geworden ist. Kenntnisse der antiken Philosophen wie Platon, Aristoteles, Cicero sind gefragt, um als Zeugen des Neokonservatismus gegen die Aufklärer, die Liberalen und Aposteln der Gleichheit zu dienen. Den eigentlichen Begründer des modernen Konservatismus, den Engländer Admund Burke, über den ich in meiner Diplomarbeit in der Disziplin Politische Wissenschaften geschrieben habe, den Kämpfer gegen die Französische Revolution und ein früher Freund der Amerikaner im Kampf gegen das englische Kolonialsystem, scheint der New Conservatism noch nicht als Urvater seiner Ideologie entdeckt zu haben.

### We the People

Die Antike ist also bei diesen angeblichen Politik-Rüpel gefragt, sie wird als Grundlage für die amerikanische Freiheitserklärung gesehen: „We the people“! Wir sind das Volk! So verstanden sich die Kämpfer für ein kolonalfreies Amerika und so versteht sich Trump heute, als Gesandter des Volkes, an dem alle Anfeindungen abtropfen. Ihm können die Anfeindungen nichts anhaben, weil er vom Volk legitimiert worden ist. Dieses Unangreifbare müssen die Chefs der Großkonzerne irgendwie geahnt haben. Deshalb wollten sie sich in Sanftmut üben, um auf die Provokation, dass da sich jemand erdreißt, in ihre Personalpolitik einzugreifen, geschmeidig zu reagieren, weil Hunderte von ihren Mitarbeitern mit arabischen oder iranischen Hintergrund von einem

präsidentiellen Dekret irgendwo in der Welt festgenagelt werden. Dann war es ihnen doch zu viel, was ihnen dieser Präsident zumutete. Sie vereinten sich in eine Unterstützervereinigung namens Amicus Curiae, Freund des Gerichts, um mitzuhelfen, das Einreiseverbot für Ausländern zu kippen. Bisher mit Erfolg.

Curia, das ist dieser Steinklotz auf dem Kapitol, der in Rom vor 2000 Jahren der Senatsitz war, in dem Gaius Julius Caesar gemeuchelt wurde und der dem Neuen Yanqui-Imperium als Vorbild für seine juristische Ratsversammlung dient. Je mehr die USA sich zum neuen Imperium Romanum wandelt, braucht man zu seinem Verständnis das Große Latinum. Nirgendwo außerhalb von Rom stehen soviel säulenbestückte Tempel herum wie in den USA. Und es bestätigt sich, was schon immer ein Verdacht war: Der säulenartige Portikus in der Wall Street ist der Eingang zur Börse und zum Tempel der Minerva zugleich, der römischen Göttin des Gewerbes.

### **Trump versündigt sich als Interventionist gegen die Regeln des Neoliberalismus**

Da Trump Milliardär ist, und viele seiner Helfer für seine Regierungsgeschäfte aus dem Big Business holt wie den Boss von Exxon Mobil, Rex Tillerson als Außenminister, haben viele Linke den Beweis, dass das Kapital die Politik dirigiert. Dies bedeutet, dass Lobbyisten in Zukunft überflüssig sind. Sie brauchen nicht mehr im Weißen Haus, dem Haus der Weißen, Klinken putzen. Ihr Präsident öffnet den Wirtschaftskapitänen selber die Tore zur politischen Macht. Doch eines stört die Neoliberalen und verstört sie bis zur Verwirrung und Ratlosigkeit, so dass sie die Welt nicht mehr verstehen. Wenn heute auf einmal eine totale Desorientierung über die Zukunft entstanden ist, ein Entsetzen über einen außer Rand und Band geratenen Präsidenten, so kann man es auch umgekehrt sehen.

Die bis zur Paranoia Verwirrten können ein global geordnetes Weltregelsystem nicht mehr erkennen, weil Trump unmittelbar in die unternehmerischen Entscheidungen eingreift. Sie sind fassungslos, dass die fundamentalen Prinzipien der Profitmaximierung und der Share-Holder-Kapitalismus nicht mehr gelten sollen, weil das Ziel eines Greater America an Stelle des liberal gesteuerten Globalismus getreten ist. Trump vermasset den Konzernen wie BMW die Tour, den Börsenkurs des Autoproduzenten zugunsten der Aktionäre durch Investitionen in billige mexikanische Arbeitskräfte zu pflegen. Nichts da! Americas workers first und nicht Frau Klatten oder der Herr Piech und wie sie alle heißen! Und wollen die Kapitalisten nicht kuschen, bekommen sie eine 35 prozentige Importsteuer für ihre Autos in die USA aufgebrummt. Donald als Imperator maximus und pater patriae in dem Novum Imperium Romanum.

### **Ein revolutionärer Trump will in vier Jahren einen US-National-Sozialismus schaffen**

Es gibt für Neoliberale nichts Degoutierliches und zugleich Revolutionäres, als die sogenannten „anonymen Marktkräfte“ außer Kraft zu setzen und statt dessen interventionistische Ziele anzupeilen. Aber auf dieser Ebene wollen die Neoliberalen und ihre Presse sich nicht angegriffen fühlen. Das würde ja für eine Art antikapitalistische Logik sprechen. Statt dessen wird Trump demagogisch erhoben und andererseits in seinem „nationalen Vulgariat“ despektierlich erniedrigt. Das deutsche Bürgertum erinnert sich in Leserbriefen der SZ an den Spruch von Hannah Arendt über das „Bündnis von Mob und Elite“, und an Peter Sloterdijks Aussage über das Talent, das „sehr großen Massen aus der Seele grölen lässt“ (11. Februar 2017). Das ist auf Hitler bezogen, aber gemeint ist Trump.

Als Linker reibt man sich die Augen. Da gründet man eine eigene Homepage und schreibt sich seit Jahren über das Thema Revolution ([www.revolution-heute.de](http://www.revolution-heute.de)) die Finger wund. Angesichts der Entwicklung des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts in Lateinamerika wächst der Frust, und was passiert? Von einer Seite, von der man es am wenigsten erwartet – nämlich der rechten - wird der Neoliberalismus heraus gefordert. Dies tut der amerikanische Präsident im Dienste eines Nationalismus, der den Globalismus aus den Angeln heben will, im Namen der Protektion der

einheimischen Arbeitsplätze. Trump pflegt eine Art Versöhnung in der Politik von (weißen) Arbeitern und Nationalismus: Nationalsozialismus? Es ist kein Nationalsozialismus deutscher Provenienz. Noch bleibt eine Hoffnung: Verglichen mit dem kleindeutschen, von der Geschichte gebeutelten Neid der Zu-kurz-Gekommenen nach dem Ersten Weltkrieg, ist die USA zu groß. In den USA ist viel Raum von der Ost- und Westküste bis zu der Mitte und dem Süden mit unterschiedlichen Traditionen, politischen Strömungen und ethnischen Gruppen.

### **IS-Kopffäger, narzisstische Persönlichkeitsstörung und drohende Amtsenthebung**

Noch warnt das verunsicherte Establishment vor der Gefahr einer autokratischen, imperialen Führung in den USA und wagt nicht, die Parallelen zu einem wie Hitler zu ziehen. Doch die Hemmschwellen der Gutmenschen fallen, wenn der Spiegel Trump als einen IS-Schlächter zeigt, in der Linken ein langes Messer, mit dem er in guter IS-Manier der Freiheitsstatue den Kopf abgeschnitten hat und in der rechten Hand den blutigen Kopf hoch hält. Von der Süddeutschen Zeitung wird am 18. Februar 2017 der Psychiater Stefan Röpke bemüht, ob sich nicht eine narzisstische Persönlichkeitsstörung diagnostizieren ließe, und es wird spekuliert, ob nicht das 25. Amendment (Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung) für ein Amtsenthebungsverfahren wegen einer Geisteskrankheit von Trump hinzugezogen werden könnte. Röpke verneint dies mit dem Hinweis, eine klinische Persönlichkeitsstörung läge nur vor, wenn sich der Mensch als Opfer seiner Krankheit fühle. Trump aber strotze vor Selbstbewusstsein, weil er nach wie vor die Mehrheit seiner Wähler auf seiner Seite wüsste.

Und wie steht es um den Vergleich mit Hitler? Wie Hitler will Trump das private Unternehmertum nicht abschaffen. Im Gegenteil. Es soll sich zwar der Form eines „Vier-Jahres-Plan“ unterwerfen während seiner erste Amtszeit, wie dies Göring ab 1935 von der deutschen Wirtschaft verlangte hatte, indem Trump dem Kapital die Vorgaben gibt wie Erneuerung der verrotteten Autobahnen, autonome Energieversorgung durch neue Pipe-Lines, usw. Im Gegenzug soll das private Kapital durch eine Senkung der Unternehmungssteuern auf ein Viertel, Steigerung der Rüstungsausgaben und eine 75-prozentige Befreiung von belastenden Regeln wieder neuen Atem schöpfen.

### **Ökonomisches Vabanque-Spiel von Trump**

Es ist ein gewagtes Spiel, einerseits Steuern zu senken und andererseits den Weg eines aufwendigen Investitionsprogramm zu gehen. Es wäre ein Weg in eine ungeheure zusätzliche Staatsverschuldung, falls das Unternehmertum die Steuersenkungen nicht mit einem enormen Aufschwung und sprudelnden Steuereinnahmen honorieren würde. Träte dies nicht ein, wäre es für Trump in vier Jahren sein politischer Untergang. Eine weiter steigende Verschuldung würde zu einer Senkung des Dollarkurses, zu einer Erschwerung der amerikanischen Exporte und zu weltweit steigenden Zinsen führen. Er hinterließe einen zerstörten Welthandel, überall zerrüttete Ökonomien, kurzum eine gigantische Weltkrise. Hitler setzte auf Krieg und Sieg, um andere Völker die deutsche Staatsverschuldung zahlen zu lassen. Aber Trump ist in einer anderen Situation als Hitler. Dies aus zwei Gründen. Zum einen scheint die Gewaltenteilung in den USA noch zu funktionieren, wie die Einsprüche von Bundesrichtern gegen die Aussperrung von muslimischen Staaten belegen. Und dann hat Trump höchstens die Hälfte der Amerikaner auf seine Seite, während Hitler nach der Machtergreifung und seiner Konsolidierung für einige Jahre mit einer hohen Zustimmung seiner Volksgenossen rechnen konnte.

### **Ein Amerika – getrennt in zwei**

Die Journalistin Sabrina Tavernise hat in der New York Times am 3. Februar 2017 in einem Artikel One America, divided in two, von einer „tribalen Aufspaltung“ (tribal split) über das Regieren und das Bürgertum in den Vereinigten Staaten gesprochen. Diese Aufspaltung betrifft die ökonomische Lage der Menschen, die eine Seite prosperierend, die andere am Boden; sie betrifft die Kultur: Auf der einen Seite die Kulturträger wie Hollywood, die Literaten, den liberalen Ost- und Westküstenjournalismus und andererseits das Ethos des hart arbeitenden Menschen, das von dem

Establishment nicht honoriert wird. Die Trennung betrifft das ganze Volk wie im Bürgerkrieg vor 150 Jahren. Es existiert eine Art Sprachlosigkeit, Verweigerung eines Dialogs, und gehen die Auseinandersetzungen in der verletzenden, absoluten Form weiter, vertieft sich die Spaltung zu einer unüberbrückbaren Kluft, sagt Tavernise. Auf der einen Seite steht die Administration mit der präsidentialen Hegemonie von Trump sowie seine Anhänger der Entrechteten, der Vergessenen, der empörten Proleten, der Indigenos aus den mittleren und unteren Schichten, auf der anderen Seite eine kunterbunte Melange der gehobenen liberalen Schichten mit ihren Schreiberlingen, der Intelligenz, der Studenten, der Schwarzen und Latinos.

### **Die alte Linke auf der falschen Seite**

An dieser Stelle haben die sich gegen Trump formierenden Linken ein Problem: Ihre Vorgänger standen auf der falschen Seite, wie das Wahlergebnis zeigt, und die Neue Linke wird Schwierigkeiten haben, dies dadurch zu korrigieren, dass sie die Welt der Arbeitenden und Entrechtenden anspricht. Von Stephen Bannon, diesem skrupellosen, netten, charmanten, „fluchenden arschloch“ (Kolumnist der New York Times) wird gesagt, dass er in der Vergangenheit häufig wie ein Linksrebell geklungen hat. Oder in seiner rechten Krawall-Website „Breitbart“ wie ein Apokalyptiker eines großen, kryptometaphysischen Plans. Er zieht auch heute noch über die Banker her, die nach der Finanzkrise für ihre Sauereien die Bürger haben zahlen lassen. Er geißelt den Finanzkapitalismus, und beklagt den Niedergang der amerikanischen Arbeiterklasse.

In seinem Film von 2010 „Generation Zero“ hat er die Verheerung beschrieben, das das Bankendesaster über Amerika gebracht hat. An den Zuschauer seines Films geht sein Appell beim Auftreten von Politikern: „Entweder schaltest du endlich deine kritische Vernunft ein oder du glaubst ihnen und hältst sie für die good guys“ ([generationzeromovie.com](http://generationzeromovie.com)). Trump und seine Ratgeber haben den alten Linken ihre Leute weggefischt. Diesen Linken, diesen elitären Antikapitalisten sind auf einmal die vom Kapital Ausgebeuteten abhanden gekommen, bevor sie sie überhaupt erreichen konnten und wollten. Über die Menschen, mit denen die Linken traditionell den Kapitalismus stürzen wollten, verfügt ein anderer. Vorerst.

### **Niedergang der US-Arbeiterklasse im Fordismus-Modell**

Wenn Bannon den Niedergang der amerikanischen Arbeiterklasse beklagt, so ist dies nichts Neues. Ein Erklärungsmuster für den Untergang von sozialistischen Theorien und Praktiken durch die amerikanische Arbeiterklasse in den 20-iger Jahren ist der Fordismus und Post-Fordismus der Regulation School oder bei marxistischen Autoren wie John Holloway in seiner Publikation: „Post-Fordism and Social Form“. Kurz gefasst besagt der Fordismus in seiner sozialen Variante, dass zwar die Zahl der Arbeiter in der Massenproduktion zeitweise anstieg, zugleich sie aber ihr von Europa über den Atlantik getragenes kritisches antikapitalistisches Bewusstsein verloren haben. Auf eine knappe Formel gebracht, hat Ford durch die Einführung der assembly-line die Produktivität so weit gesteigert, dass er den Arbeitern höhere Löhne zahlen konnte, so dass sie die Autos, die sie produzierten, auch selber kaufen konnten. Im Systemwettbewerb konnte die Sowjetunion diesem produktiven Vorteil der USA nicht folgen, ein Grund für ihren Untergang. Auf der philosophischen Seite gingen sozialistische theoretische Alternativen in den USA zugrunde, weil sie gegen die „realisierte Utopie“ des Liberalismus – Aufhebung der Entfremdung auf kapitalistischer Art – Arbeiter kaufen ihre Produkte selber – nicht ankommen konnten. Die „Regulation School“ schlussfolgert daraus, dass der Kapitalismus seine Weiterexistenz selber regulieren und garantieren kann.

Inzwischen ist da einiges schief gegangen. Das „American way of life“ kann seine Versprechen nicht mehr einlösen, die Eltern können ihren Kindern kein höheres Einkommen mehr versprechen. Viele können ihre Autos nicht mehr selber kaufen, auf die Eisenbahn können sie nicht umsteigen, weil diese marode ist. Das mit Krediten finanzierte Häuschen können sie auch nicht bezahlen, so dass die Banken wie die Deutsche Bank ihnen das Dach über dem Kopf weg genommen haben. Seit

2008 sind die USA nicht mehr aus ihrer aktuellen Finanz-Krise heraus gekommen. In den Jahrzehnten zuvor haben sich die strukturellen Verwerfungen herausgebildet wie die Zerschlagung der Vollerwerbstätigkeit und der Untergang vieler Branchen. Diese Ausfälle konnten die neuen Jobs der Cyber-Welt nicht auffangen, kurzum: Die Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern des Globalismus verbreiterte sich, die Unterschiede zwischen Arm und Reich wuchs, ein Schicksal, wie es alle hochindustrialisierte Nationen erlitten haben.

### **Die Tea-Party siegt über Occupy the Wall Street**

Für etliche Zeit blieb das Entstehen dieser brisanten sozialen Brache von Unzufriedenen und Opfern des Neoliberalismus unbeachtet im politischen Geschäft der Etablierten, den Routiniers in der Abwicklung des demokratischen Geschäfts, repräsentiert durch Präsidenten wie die Bushs, der Clinton und der Obama, bis auf der rechten und linken Seite der Gesellschaft am Horizont ein irrlichterndes Wetterleuchten erschien, das eine neue Zeit ankündigte: Auf der rechten Seite die Tea-Party und auf der alten linken die Anti-Wall-Street-Occupy-Bewegung.

Es zeigte sich in den Obama-Jahren, dass die Tea-Party-Bewegung sich als die zähere, die zielgerichtete, also als die erfolgreichere erwies als die alte Linke. Sie hatte die bessere Strategie, weil sie auf den Austausch der Abgeordneten der Konservativen Partei bei den Wahlen gerichtet war, also auf die Schaltzentren der politischen Macht. Ihr inhaltliches Programm war auf die Abwahl der gemäßigten Etablierten durch eine strenge Ausrichtung auf die extrem-rechten Werte der Konservativen wie Anti-Abtreibung, Anti-Homo-Ehen und Vorrang der Weißen gerichtet. Zwar gelang es der Tea Party nicht, die gesamte Partei auf ihre extrem-rechte Richtung zu trimmen. Sie konnte aber die Konservativen mit ihren Mehrheiten im Kongress auf einen destruktiven Kurs gegen Obama einschwören. Wer, wie der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses John Boehner in ihren Augen zu „weich“ war, wurde von seinem Posten verdrängt.

Die Okkupy-Bewegung litt von Anfang an daran, dass sie ihr Versprechen einer Okkupierung der politischen Macht nicht einlösen konnte, weil sie ihr Visier auf ein zu kurzes Ziel gerichtet hatte: auf die Straße anstatt auf die wahren Zentren der Macht. Als ich in der Zeltstadt vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt war, frage ich mich und andere Teilnehmer taten dies auch, was das denn eigentlich sollte, wenn nicht einmal die Eingänge zur Bank blockiert wurden. Von Europa aus wartete man ständig auf das Signal: Angriff und Besetzung der Börse in der Wall Street. Dann wäre man auch in Deutschland zur Blockade der Europäischen Zentral-Bank über gegangen. Doch dies erwies sich als ein europäisches Missverständnis des Wortes: occupy. Anders als die französischen Linken der 80-iger Jahre dachte die alte Linke in den USA nicht an eine „action directe“, wohlgermerkt nicht die terroristische sondern syndikalistische Richtung mit der „friedlichen“ Besetzung der Chefbüros. Man begnügte sich mit der Besetzung von öffentlichen Plätzen rund um die Wall Street, in der illusionistischen Hoffnung, die Öffentlichkeit würde nach der Lesung der entrollten Plakate und Banner zusammen mit den Aktionisten zur Tat schreiten.

Die Aktivisten erhoben die Friedlichkeit ihrer Aktionen zur Maxime. Ihre friedliche Gesinnung würden sie aller Welt gegenüber demonstrieren – so meinten sie fälschlich – wenn sie „öffentliche“ Orte okkupierten. Dies würde von der New Yorker Verwaltung und der Polizei als rechtmäßige Demonstration anerkannt werden. Mit ihren peace actions wollten sie Sympathie für ihre antikapitalistische Kritik in der Öffentlichkeit erzielen, und basierend darauf eine breitere Bewegung in der Mitte der Gesellschaft schaffen, an der die Politik nicht vorbei käme. Was passierte aber tatsächlich? Da die Aktion an eine diffuse Öffentlichkeit adressiert war, die sich nicht angesprochen fühlte, nahm diese es gleichgültig hin, als die Polizei den letzten Platz der Aktivisten mit Gewalt räumte. Die Aktivisten erhielten nicht den rechtlichen Status von Demonstranten, wie sie erwartet hatten. Ihre Friedensaktion wurde weder von der Öffentlichkeit noch von der Politik honoriert. Es war eine Lehrstunde für die Neue Linke, die heute noch nachwirkt in den Diskussionen über den richtigen Weg gegen Trump.

### **Sanders scheitert am demokratischen Parteiestablishment**

Trotz ihres Scheiterns erhielten die Linken unverhofft eine zweite Chance durch den Senator Bernie Sanders, Senator aus Vermont in der Präsidentschaftskampagne. Bernie, von seinen Anhängern liebevoll Bernie Buzz genannt, bewarb sich, obwohl unabhängig, auf dem Ticket der Demokratischen Partei um die Kandidatur der Demokraten gegen die haushohe Favouritin der Demokraten, Frau Clinton. Es geschah für amerikanische Verhältnisse etwas Erstaunliches. Sanders bezeichnete sich als demokratischer Sozialist und erhielt trotz oder besser mit dieser „Selbstbezeichnung“ eine große Sympathie vor allem bei jungen Wählern, so dass er zeitweise im Caucus-Verfahren der Clinton zu einer ernsten Herausforderung wurde. Aber dann scheiterte er gleich zweimal. Weder konnte er die Phalanx des Parteiestablishments durchbrechen, die eisern an der fragilen Lady festhielt, noch gelang es ihm, wenigstens die Clinton auf eine mehr entschiedene linke Richtung zu bringen.

Es bleibt heute in der nachträglichen Beurteilung müßig, ob Sanders eine größere Chance gegen Trump gehabt hätte. Auf jeden Fall wäre er als Konkurrent Trumps um die „hart arbeitenden weißen Wähler“ aufgetreten, und dass er ein Freund von Waffen ist, hätte ihm gegenüber den Waffennarren in der Arbeiterschicht einen Vorteil erbracht. Er wäre in der Lage gewesen, in den Swing-States über Arbeitnehmer die entscheidenden Wahlmänner-Stimmen zu erhalten. Gescheitert ist er an dem bornierten Establishment der Demokraten im Senat und Repräsentantenhaus. Als für die Linken gleich zweierlei verloren ging: Sanders und dann die Präsidentschaft war das Geschrei groß. In der kritischen Debatte danach, kommt man zu der bitteren Erkenntnis, dass die Tea Party Bewegung schlauer war. Sie hat zuerst die Entscheidungsträger in der konservativen Partei nach rechts gerückt, um dann einen ihrer Favoriten zum Präsidenten gemacht. Sicherlich, nach ihrem ideologischen Geschmack ist dieser Trump noch zu wenig rechts, zu sehr Pragmatiker, trotz seines harschen Auftretens zu bunt in seinem ganzen Entertainment-Gehabe. Aber besser als die verhasste Clinton ist er allemal.

### **Formierung der Neuen Linke: Die aktuelle Debatte in den USA um den richtigen Kurs**

In der historischen Bewertung der jüngsten Zeit sind schon einige Punkte angesprochen worden, aus der die Linke in ihrer aktuellen Debatte um den zukünftigen Kurs lernen will: Jüngste historische Erfahrungen sollen das Lehrstück zukünftiger Strategie und Taktik werden. Dabei müssen sich die Linken auch eine schmerzhafteste Selbstkritik unterziehen. Der Wahlausgang mit dem Triumph von Trump hat gezeigt, dass die weiße Arbeitnehmerschicht mit ihren Familien keineswegs aus der politischen Gestaltung Amerikas ausgeschieden ist, wie das viele Intellektuellen-Kreise gesehen haben. Trotz des medialen Trommelfeuers gegen Trump bleibt zu fragen, ob sein bizarres Auftreten nicht gerade das ist, was die Eltern „von hungernden Kindern in den Appalachen, die Soldaten in der Ausbildung oder Stahlarbeiter auf Jobsuche“ (SZ: 18. Februar 2017) von ihm verlangen.

Es gelang Trump über das Thema Nationalismus und seine unflätige, vulgäre Proleten-Sprache die vom Establishment Vernachlässigten anzusprechen und zum Gang zur Urne zu motivieren. Diese Erkenntnis ist nach Keeanga-Yamahtta-Taylor – Führerin der Black-Lives-Matter-Bewegung unumgänglich (Die Leben der Schwarzen zählen, [www.huffington.post.com](http://www.huffington.post.com)). Sie widerspricht der Position der linken Kanadierin Naomi Klein: Clinton habe es verweigert. Es braucht eine richtige Analyse, um zu richtigen Ergebnissen zu kommen. Taylor möchte, dass es sich die neue Linke nicht zu leicht macht.

### **Linke Demontage des Blenders Obama**

Zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit zählt auch nach Taylor, dass in den acht Jahren Obama die soziale Lage der Schwarzen sich nicht gebessert hätte. Unter keinem amerikanischen Präsidenten hätten auf den Straßen soviel Schwarze durch schießwütige Sheriffs

ihr Leben lassen müssen. Deshalb hat Taylor die Bewegung: „Die Leben der Schwarzen zählen!“ gegründet. Deshalb stimmt auch nicht die „White – Lash – These“, dass sich die Weißen an Obama rächen wollten. Es zeigte sich, dass dieser Obama wenig für die Schwarzen tat oder – so sollte man fairer Weise anfügen – nicht mehr tun konnte, als an den Gräbern der Ermordeten Zu Herzen gehende Gospels anzustimmen.

### **Unteilbar. Ein praktischer Führer um der Trump-Agenda zu widerstehen**

Ein Streitpunkt innerhalb der Linken ist die organisatorische Aufstellung für die Zukunft während der Amtszeit von Trump. Sanders, der weiterhin als Senator amtiert, wenn er sich auch direkt aus dem Zentrum der Auseinandersetzungen zurück gezogen hat ( [www.berniesanders.com](http://www.berniesanders.com) ) setzt auf die Reformbereitschaft der demokratischen Partei, obwohl er deren Establishment selber zum Opfer gefallen ist. Viele innerhalb der Linken halten dies nur dann für produktiv, wenn es gelänge, nach dem Vorbild der Tea Party das neoliberale Establishment der Demokraten vor Ort oder Region auszutauschen. Für eine solche „grassroots advocacy“ haben ehemalige Mitarbeiter des Kongresses Empfehlungen zusammen getragen, die als Google-Dokument unter „Unteilbar: Ein praktischer Führer um der Trump-Agenda zu widerstehen“ abgreifbar ist. ([www.indivisibleguide.com](http://www.indivisibleguide.com)). Dieser Führer ist auch auf Deutschland anwendbar, und wird auch in Deutschland durch Aktivisten angewendet: <https://secure.avaaz.org> . Wenn man das deutsche Establishment in der Bundesversammlung bei der Wahl des neuen Bundespräsidenten in seinem unendlichen Geklatsche für den ausscheidenden Gauck gesehen hat, ein Mensch, der sich für eine weitere Militarisierung Deutschlands ausgesprochen hat, ist für die emotionale Bereitschaft des Widerstandes auch in Deutschland vorgesorgt.

Dem vorgeschaltet bräuchte es eine neue linke breit aufgestellte Bewegung, die einen entsprechenden Druck in dem kritischen Teil der Zivilgesellschaft erzeugen müsste. Diese wiederum müsste sich der örtlichen oder regionalen Ebene der Abgeordneten annehmen, um sie auf ein linkes Programm einzuschwören oder sie durch kritischere auszutauschen. Dies müsste aber sofort gestartet werden, da in zwei Jahren auf Bundesebene entsprechende Zwischenwahlen für einen Teil des Repräsentantenhauses und des Senats stattfinden. Im Eifer des Gefechts greifen die Roots-Demokraten schon mal die bisherigen eigenen Heilsfiguren an. Sanders und einem weiteren progressiven Aushängeschild, der demokratischen Senatorin Dianne Feinstein, werden von einigen linken Aktivisten eine zu zögerliche und unklare Haltung vorgeworfen. Gegen Sanders wird vorgebracht, sich in einem Interview auf die Seite von Trump in der Ablehnung der internationalen Handelsabkommen zu stellen, und die Frau Senatorin wird von Hunderten von Linken als Verräterin beschimpft, weil sie einige der Kabinettsmitgliedern von Trump durchgewunken hat.

### **Drei Möglichkeiten: Soziale-Bewegung, eine bessere demokratische Partei oder eine neue?**

Ein vielversprechender Ansatzpunkt wären Massendemonstrationen nach dem Beispiel der Woman March, einen Tag nach der Inaugurationsfeier von Trump in Washington. Es gelang, in kurzer Zeit USA-weit 3 Millionen an Demonstrantinnen auf die Straße zu bringen. Zuvor sollten die Teilnehmer SMS „Woman“ an die Nummer 40649 senden, wobei nach Namen und Postleitzahl gefragt wurde. Auf diese Weise gelang es, in wenigen Tagen eine Datenbank mit Interessenten aufzubauen, die dann für die Demo aufgerufen wurden. Ähnliches ist für den geplanten Science-March“ aus dem Bereich der Wissenschaft geplant.

### **Ein bunter Oppositionshaufen (Anti-Trump-Bewegung) ohne Sympathie für eine neue Partei**

In der bisherigen Diskussion scheint bisher wenig Bereitschaft zu existieren, eine neue linke Partei zu etablieren. Dabei kommt ein Argument zu tragen, das folgendermaßen lautet: Partei bedeutet Programm, bedeutet Festlegung auf bestimmte ideologische Positionen, bedeutet Ausschluss von Menschen, die sich zwar auf eine Anti-Trump-Haltung einigen können, sich aber nicht auf eine dezidierte positive Anti-Kapitalismus- Gemeinsamkeit einschwören lassen. Diese Scheu hat zwei Ursachen: Erstens das unverrückbare Zwei-Parteien-System, das seit zwei Jahrhunderten in

den USA mit dem Begriff von Demokratie – Parteiendemokratie verbunden ist. Deshalb hat Sanders als Unabhängiger es vorgezogen, im Wahlkampf sich der demokratischen Partei anzudienen, was diese akzeptierte, wenn auch die Parteiführung ihn für zu links hielt. Als Senator hatte er Jahre lang mit den demokratischen Senatoren praktische Arbeit geleistet, so dass auch von der demokratischen Parteiführung aus gesehen, er vorerst bis zur Klärung der Fronten unter ihrem Ticket laufen konnte.

Zweitens aber – und dies scheint die eigentliche Krux zu sein – erschöpft sich die Anti-Trump-Bewegung als eine Bewegung der Empörung gegen diesen Präsidenten der Provokationen. Diese Emotionen schöpfen ihre Energien aus verschiedenen sozialen Lagern: kritische Jugendliche, die Schwarzen und Latinos, die Intellektuellen und Wissenschaftler, die Hollywood-Welt, die Medien und vor allem die gutsituierten, ökonomisch Abgesicherten der mittleren und oberen Schichten – ein bunter Haufen mit unterschiedlichen ökonomischen Interessen. Die Gruppe, die sich als Neue Linke versteht, ist in der Minderheit.

Diesem bunten Haufen steht ebenfalls eine sozial heterogene Gruppe von Kapitalisten auf der obersten sozialen Skala der Gesellschaft und die krass gegensätzlichen Schichten der Weißen auf der unteren Skala der Gesellschaft gegenüber, sowie eine Gruppe von Evangelisten, die sich sozial schwer einordnen lassen. Sie alle eint eine rechte Ideologie: Amerika muss wieder groß werden. Zwar schmeckt vielen liberalen Kapitalisten nicht der Brei, den Trump anrührt. Diesen Teil ködert er aber mit dem Versprechen auf Steuererleichterungen. Trump verspricht die Einheit von Arbeit und Kapital. Dabei kann er mit einem Riesenfund wuchern: seinen Wählern aus den unteren Milieus, die er allerdings bei Laune halten muss.

### **Scientists March on Washington als Start eines generellen Aufstandes?**

Trump muss aber auch auf ungewohnte Gegner achten wie aus der Justiz oder Wissenschaft. Nach dem Muster des Frauen-Marsches ist für den 22. April 2017 der nationenweite Wissenschaftsmarsch angekündigt ([www.marchforscience.com](http://www.marchforscience.com)). Viele Wissenschaftler sind in Sorge um die Abschottung der USA gegen Ausländer. Ein erfolgreiches Amerika muss für das zukünftige Wohl der Wissenschaft ein entsprechendes Umfeld schaffen. Abgrenzungen sind Gift gegen wissenschaftlichen Fortschritt. Amerika braucht ein Reichtum an Meinungen, Perspektiven, Ideen. Zudem gehen den Wissenschaftlern die Evangelisten bei Trump auf die Nerven. Sie empfinden es als eine intellektuelle Schande, wie diese Evangelisten wissenschaftliche Erkenntnisse wie die Evolutionstheorie leugnen. Zum ersten Mal verlassen viele den „Elfenbeinturm einer neutralen Wissenschaft“. Es eröffnet sich die gesellschaftspolitische Perspektive einer sehr breit aufgestellte Front gegen den Präsidenten, die sich bisher nur frauenspezifisch oder wissenschaftsorientiert formiert hat.

Das Rundum-Wüten von Trump trifft die unterschiedlichsten Gruppierungen in den USA gleichermaßen. Notwendig wäre daher eine weit über einzelne Gruppen hinausgreifende Vernetzung, so dass jeder Wissenschaftler begreift, dass sein Anliegen auch die Frauen auf ihre Weise vertreten oder der Latino. Für die neue Linke gilt die Order, das Gemeinsame darzustellen. Für sie stellt sich die Frage: Bringt es der Wüterich fertig, die Atmosphäre für einen generellen Aufstand in den USA zu erzeugen, so dass aus dem bunten Haufen einheitlich Handelnde werden? Spitzen sich die Auseinandersetzungen so weit zu, dass der Gesellschaftsvertrag der Gründerväter neu geschrieben werden muss? Noch ist es bei weitem nicht so weit. Noch scheint Trump die besseren Karten in den Händen zu halten.

### **Trump verspricht die Einheit von Kapital und Arbeit**

Ein – vorerst - bunter Haufen von kritischen Menschen steht heterogenen Trump-Wählern gegenüber. Man könnte sagen: eine Patt-Situation. Aber so ist es nicht. Denn Trump hat die präsidentiale Hegemonie, die Mehrheit des Kongresses auf seiner Seite, vor allem aber ein dezidiertes



Wahlprogramm, das sein Regierungsprogramm ist, und das er Schritt für Schritt gewillt ist umzusetzen. Er diktiert, wohin die Reise geht. Er agiert, die anderen reagieren. Er greift die Themen auf, zu denen die anderen Stellung beziehen. Und je mehr die Opposition wütend dagegen angeht, desto mehr fühlen sich seine Wähler bestätigt, dass endlich zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte dem Establishment samt seinen Schreiberlingen der Krieg angesagt ist.

### **Die Neue Linke braucht ein positives Programm als Alternative zu Trump**

Die Neue Linke bewegt sich also auf schwierigem Terrain. Das weiße Proletariat ist ihr davon gelaufen, was eine falsche Metapher ist, denn auch die alte Linke hatte noch nie die Arbeiterschaft hinter sich. In der Opposition gegen Trump ist sie in der Minderheit. Allein auf die Gemeinsamkeit der Empörung zu setzen, wäre ein zu dünnes Eis. Was also tun? Zuerst einmal muss eine sich neu formierende Linke auf ein positives linkes Programm einigen, das als eine positive Alternative gegen Trump aufgestellt werden kann - ein Balanceakt sondergleichen. Denn je linker ein solches Programm wird, desto mehr könnte es die gutsituierten neoliberalen Protest-Schichten abstoßen. Aber dies wäre der Preis, um die Wählerschichten von Trump anzusprechen.

Die neue Linke muss sich auf eine Zukunft vorbereiten, wo Trump den Spagatschritt nicht schafft, sein ehrgeiziges Programm zu verwirklichen: Einerseits über weitere Staatsverschuldung ein arbeitsschaffendes Infrastrukturprogramm anzupacken, andererseits nach dem liberalen Diktum über massive Steuererleichterungen der Unternehmen die Wirtschaft so weit anzukurbeln, dass die Steuereinnahmen insgesamt wachsen und die Verschuldung begrenzen. Die Möglichkeit seines Scheiterns ist groß.

### **Die Zukunft, die die US-Linke will**

Bhaska Sunkara und Sarah Leonhard haben in der Wahlkampfzeit eine Aufsatzsammlung unter dem Titel: „Die Zukunft, die wir wollen. Radikale Ideen für eine neue Zeit“ publiziert. Diese Artikel sind auch im Europa-Verlag, Berlin 2016, auf Deutsch erschienen. Um es vorweg zu nehmen: Diese Artikel sind für den deutschen Leser durchaus nicht radikale Ideen. Sie sind sogar für einen linken Sozialdemokraten genießbar. Die leitende Redakteurin des Magazins: „The Nation“ und der Chefredakteur der Zeitschrift „Jacobin“ mit indischen Wurzeln wollen linken, jungen Autoren ein Forum für neue Perspektiven geben ([www.jacobinmag.com](http://www.jacobinmag.com)). Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass die einfache Bevölkerung immer weniger und die Elite immer mehr Einfluss auf die Politik hat, also ein Ansatz, den Trump durchaus unterschreiben könnte, wenn ihm auch die Inhalte gegen den Strich gehen würde.

Um die verschiedenen Themen stichwortartig vorzustellen: Ein Plädoyer für Arbeitszeitverkürzung und Vollbeschäftigung; Der Sozialismus legt größten Wert auf Demokratie und strebt eine massenhafte Umverteilung an; Zur Bildungspolitik: Die Methoden und Inhalte in den Schulen lassen sich nicht verändern, solange die materielle Ungleichheiten außerhalb der Schultore unangetastet bleiben; Die Realisierung der Vollbeschäftigung ist die Voraussetzung für die Gleichstellung der Schwarzen (Martin Luther King); Perspektiven nach der Durchsetzung der gleichgeschlechtlichen Ehe; Fetisch vom Kleinunternehmer mit der Ideologie der Selbstverwirklichung; Ansätze für einen rationalen Marktsozialismus usw.. In den Aufsätzen geht es nicht nur um soziale Sicherungssysteme. Es geht um eine Gesellschaft, in der Technologien das Arbeitstempo erträglicher machen, womit die radikale Demokratie in unserem Arbeits- und Privatleben Einzug hält. Die beiden Herausgeber verstehen unter „radikale Demokratie“ den Eintritt radikaler Veränderungen in unser Arbeits- und Privatleben, also eine Revolutionierung des Alltagslebens.

### **Sozialismus als Marke - Branding Theorie nach Naomi Klein**

Was an den Forderungen der Artikelsammlung unter Linken in Europa banal klingen mag, scheint unter der neuen Linken in den USA oftmals neuen Erkenntnissen zu entspringen. Es scheint sich

hier eine gewisse tabula rasa in der Theorie zu widerspiegeln, und man entdeckt – sozusagen mit einer gewissen Neugier und Überraschung – alte linke Ideen neu, unbeleckt durch sozialistische Traditionen aus Old Europe, die historisch schwer belastet sind. Die neue Linke befreit sich von dieser Last, indem sie zu überraschend neuen Ansätzen über die Verankerung von sozialistischen Ideen in der amerikanischen Gesellschaft kommt. Als Beispiel ist hier die Branding Theorie von Naomi Klein zu nennen. Unter „brand“ ist ursprünglich die „Marke“ eines Automodells zu verstehen. Es ist ein Name, eine fest umrissene Bezeichnung (term), ein Entwurf (design) oder Symbol, um ein spezielles Verkaufsprodukt von anderen Produkten in den Augen von Konsumenten zu unterscheiden. Branding ist also ursprünglich eine Unternehmerstrategie, dem Marketing vergleichbar, oder – allgemeiner ausgedrückt – sind es Kommunikationsmethoden, um seine „Marke“ von anderen Wettbewerbern zu unterscheiden.

### **Der Yes-We-Can-Obama als Superbrand**

Naomi Klein hat den Yes-We-Can-Obama als einen „Superbrand“ entlarvt, man könnte dies im Deutschen mit „Blender“ übersetzen ([www.theguardian.com](http://www.theguardian.com)). Diese missbräuchliche Methodik, in demagogische Weise Menschen zu blenden, könnte man aber auch ins Positive wenden. Man könnte den Begriff „Sozialismus“ oder wie Sanders es mit seinem „demokratischen Sozialisten“ auf sich persönlich bezogen hat, als eine Art Logo oder Trademark neben anderen Marken wie „Liberalismus“ im politischen Bewusstsein der Gesellschaft positiv verankern. Der Begriff „Sozialismus“ könnte seine eigene „brand identity“ in den amerikanischen Köpfen erhalten, belegt mit einer positiven Notation, die ihren Wert aus sich ohne viele Erläuterungen erhält. Man kommt bei dieser Darstellung dem „amerikanischen Denken“ näher. Für einen europäischen Linken ist es faszinierend zu sehen, welche Wege die amerikanische Linke wählt, um den demokratischen Sozialismus zu einem positiven politischen Schlagwort in den USA zu machen: aus der Logik des kapitalistischen Managements heraus, die jeder versteht.

„Kapitalistisch“ gibt das Stichwort für einen anderen Term. Bei dem angelsächsischen Symbol: „capitalism“ existiert seit eh und je schon ein „brand“, auch hier im gewöhnlichen Sprachgebrauch positiv belegt, im Gegensatz zu dem europäischen Wortgebrauch. Ungeniert geht man mit dem für die USA positiven Begriff Kapitalismus um. Fazit: Gelänge es, im gewöhnlichen Sprachgebrauch das Wort „Sozialismus“ als positives Symbol zu verankern, wäre für die neue Linke in den USA schon viel gewonnen.

### **Post Scriptum**

Trump kommt der Verdienst zu, die amerikanische Gesellschaft auseinander zu brechen, so dass bisher verborgene neue Einblicke in ihr für uns Außenstehende möglich werden. Was das Establishment, vertreten von der Familie Bush, den Clintons und Obama mit ihrem Harmoniestreben immer zu kleistern wollte, die Klassenstruktur, hat Trump aufgedeckt. Vergleichen wir die amerikanische Gesellschaft mit einem in der Mitte zerbrochenen Kreuzfahrerschiff, so werden die Innereien vom Kiel bis zur Brücke über 10 Stockwerke sichtbar. Ungeniert kann man in das bisher verborgene hineinblicken, in den dunklen Bulk, in dem die mies bezahlte Crew haust, den Maschinenraum, die Kajüten der Reichen und weniger Reichen bis zum Kommandoraum des Kapitäns. Dem Außenstehenden eröffnen sich ungeahnte Erkenntnisse über das innere Wirken dieses weiten Landes (big country). Was viele dabei verstört und befremdet, sind diese neue Einsichten in etwas, was die US-Wirklichkeit schon lange ausmacht. Als Außenstehende sollten wir das als Gewinn sehen, als Erweiterung unseres Erkenntnishorizontes. Aber nicht nur das. Auch die Neue Linke in den USA gewinnt neue Erfahrungen von politischer Theorie und Praxis in diesem gesellschaftspolitischen Laboratorium der nächsten vier Jahre, von der wir Linke in Europa einiges lernen werden.

Gerd Elvers

Oberhausen, den 20. Februar 2017

